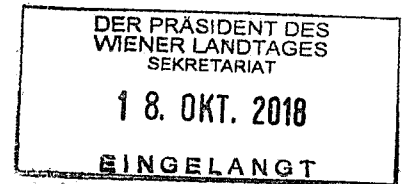


INITIATIVANTRAG



der Landtagsabgeordneten Mag. Josef Taucher, KR Erich VALENTIN, Mag.^a Nina Abrahamczik, KR Friedrich Strobl, Katharina Schinner und Petr Baxant, BA (SPÖ), David Ellensohn und Mag. Rüdiger Maresch (Grüne) betreffend Änderung des Wiener Tierhaltegesetzes, LGBl. für Wien Nr. 39/1987, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. für Wien Nr. 18/2018.

BEGRÜNDUNG

Im Zusammenhang mit der Haltung von Hunden - vor allem von hundeführscheinpflchtigen Hunden - haben sich vor dem Hintergrund eines effektiveren und zielgerichteten Vollzugs wie auch zur möglichst effizienten Vermeidung von Zwischenfällen, die mit einer Körperverletzung oder gar Tötung von Menschen einhergehen könnten, u.a. folgende Änderungsnotwendigkeiten ergeben:

.) In der Praxis haben bisher betroffene Personen ein Tierhalteverbot insofern umgangen, indem das Eigentum an dem Tier bzw. die Haltereigenschaft an im selben Haushalt lebende Personen übertragen wurde. Mit der vorliegenden Änderung wird klargestellt, dass Personen mit Tierhalteverbot nicht mehr im selben Haushalt mit dem Tier leben dürfen. Zudem können entgegen einem Tierhaltegesetz verwahrte Hunde abgenommen werden.

.) Einführung eines Alkohol- und Suchtgiftverbots bei der Führung von hundeführscheinpflchtigen Hunden

Auf Grund der Tatsache, dass hundeführscheinpflchtige Hunde bei falscher und unsachgemäßer Haltung Verletzungen und Schäden mit schwersten Folgen verursachen können, sollen nur jene Personen einen hundeführscheinpflchtigen Hund führen dürfen, die auch über die entsprechende Eignung verfügen, d.h. nicht durch Alkohol oder Suchtmittel beeinträchtigt sind.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 125 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung in Verbindung mit § 30b der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

INITIATIVANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Tierhaltegesetz, LGBl. für Wien Nr. 39/1987, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. für Wien Nr. 18/2018, geändert wird, wird zum Beschluss erhoben.

Beilage: Gesetzesentwurf

Alwin *Lehner*
Kovacs *G. Hoff*
[Signature] *[Signature]*
Mag. Josef Bauer
Marie Schauer

ENTWURF

Jahrgang 2018

Ausgegeben am xx.xxxxxx 2018

Gesetz: Wiener Tierhaltegesetz; Änderung

Gesetz, mit dem das Wiener Tierhaltegesetz geändert wird

Der Wiener Landtag hat beschlossen:

Artikel I

Das Wiener Tierhaltegesetz, LGBl. für Wien Nr. 39/1987, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. für Wien Nr. 18/2018, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 3 3. Satz entfällt die Wortfolge „rechtskräftigen Bestrafung wegen einer“.

2. § 4 Abs. 4 wird folgender Satz angefügt:

„Wird ein Tier entgegen einem Verbot nach Abs. 1 oder 3 verwahrt, so hat die Behörde das Tier abzunehmen und dem Halter unter Hinweis auf das gegen den Verwahrer bestehende Tierhalteverbot zurückzustellen. Im Wiederholungsfall ist das Tier abzunehmen und als verfallen anzusehen.“

3. Nach § 4 Abs. 5 wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) Wurde ein Tierhalteverbot gemäß Abs. 1 oder 3 verfügt, so darf diese Person nicht mehr im gleichen Haushalt mit dem Tier leben.“

4. Nach § 5a Abs. 8 wird folgender Abs. 8a eingefügt:

„(8a) Bei Nichtbestehen einer Prüfung ist die Absolvierung von zehn Trainingsstunden bei einer tierschutzqualifizierten Hundetrainerin bzw. bei einem tierschutzqualifizierten Hundetrainer vor der Anmeldung nachzuweisen. Bei Nichtbestehen der Hundeführscheinprüfung ist eine zweimalige Wiederholung innerhalb von sechs Monaten zulässig. Bei der letztmalig zulässigen Wiederholung der Prüfung muss jedenfalls ein Amtstierarzt oder eine Amtstierärztin des Magistrates anwesend sein, bei Bedarf ist auch ein Organ der Landespolizeidirektion Wien beizuziehen. Bei Nichtbestehen der letztmalig zulässigen Prüfung hat die Behörde den Hund abzunehmen und ist dieser als verfallen anzusehen. Für die Verwahrerin bzw. den Verwahrer eines hundeführscheinpflichtigen Hundes ist bei Nichtbestehen der Hundeführscheinprüfung eine einmalige Wiederholung innerhalb von drei Monaten zulässig.“

5. Nach § 5a Abs. 13 werden folgende Abs. 14 bis 19 angefügt:

„(14) Personen, die sich in einem durch Alkohol oder Suchtgift beeinträchtigten Zustand befinden, dürfen einen hundeführscheinpflichtigen Hund gemäß Abs. 2 an öffentlichen Orten nicht führen. Bei einem Alkoholgehalt des Blutes von 0,5 g/l (0,5 Promille) oder darüber oder bei einem Alkoholgehalt der Atemluft von 0,25 mg/l oder darüber gilt der Zustand einer Person jedenfalls als von Alkohol beeinträchtigt.“

(15) Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes sind berechtigt, jederzeit die Atemluft von Personen, die einen hundeführscheinpflichtigen Hund gemäß Abs. 2 an öffentlichen Orten führen, auf Alkoholgehalt zu untersuchen. Der Untersuchung der Atemluft kann eine Überprüfung der Atemluft auf Verdacht einer Beeinträchtigung durch Alkohol vorangehen (Vortest). Wer zu einer Überprüfung der Atemluft auf Verdacht einer Beeinträchtigung (Vortest) oder einer Untersuchung der Atemluft aufgefordert wird, hat sich dieser zu unterziehen.

(16) Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes sind berechtigt, Personen, bei denen eine Untersuchung gemäß Abs. 15 aus Gründen, die in der Person des Probanden gelegen sind, nicht möglich

war und die verdächtig sind, sich in einem durch Alkohol beeinträchtigten Zustand zu befinden, zur Untersuchung zu einem Amtsarzt zu bringen; dasselbe gilt für Personen, die verdächtig sind, sich in einem durch Suchtgift beeinträchtigten Zustand zu befinden. Wer dem Amtsarzt zur Untersuchung vorgeführt wird, hat sich dieser zu unterziehen.

(17) Für Personen, die die Überprüfung oder die Untersuchung der Atemluft oder die ärztliche Untersuchung verweigern, so gilt die Vermutung, dass sich die Person in einem durch Alkohol oder Suchtgift beeinträchtigten Zustand befindet. Sie dürfen daher einen hundeführscheinpflichtigen Hund gemäß Abs. 2 an öffentlichen Orten nicht führen.

(18) Die Überprüfung der Atemluft auf Verdacht einer Beeinträchtigung ist mit einem nach § 1 der Verordnung der Bundesministerin für Inneres über die zur Atemalkoholüberprüfung geeigneten Geräte und die zu deren Handhabung zu ermächtigenden Organe (Alkoholvorstestgeräteverordnung), BGBl. II Nr. 404/2005 i.f.F. BGBl. II Nr. 101/2018, geeigneten Gerät vorzunehmen. Bei einem gerätespezifischen Wert von 0,22 mg/l Atemluft oder darüber ist jedenfalls auf den Verdacht einer Beeinträchtigung durch Alkohol zu schließen und eine Atemluftuntersuchung zwecks Feststellung des Alkoholgehaltes der Atemluft vorzunehmen.

(19) Die Untersuchung der Atemluft ist mit einem nach § 1 der Verordnung des Bundesministers für Inneres über die zur Atemalkoholuntersuchung geeigneten Geräte und die zu deren Handhabung zu ermächtigenden Organe der Straßenaufsicht (Alkomatverordnung), BGBl. Nr. 789/1994 idF BGBl. Nr. II 100/2018, vorzunehmen.

6. § 8 Abs. 5 werden folgende Sätze angefügt:

„Bei bissigen Hunden gemäß § 2 Abs. 3 hat die Behörde die positive Absolvierung des Hundeführscheins vorzuschreiben. Bei der Anmeldung zu dieser Prüfung ist eine Bestätigung einer tierschutzqualifizierten Hundetrainerin bzw. eines tierschutzqualifizierten Hundetrainers über den Besuch einer Trainingseinheit von mindestens zehn Stunden vorzulegen. Wird ein Mensch durch ein Tier schwer verletzt oder getötet, hat die Behörde das Tier auf jeden Fall abzunehmen. Im Falle einer Abnahme auf Grund einer durch einen Hundebiss verursachten schweren Körperverletzung oder Tötung eines Menschen ist ex lege das schmerzlose Einschlafen des Hundes zu veranlassen. Wird ein Mensch durch einen Hundebiss verletzt, kann die Behörde den Hund abnehmen.“

7. § 8 Abs. 6 2. Satz lautet:

„Abs. 5 dritter und siebter Satz finden sinngemäß Anwendung.“

8. § 9 Abs. 1 wird folgender Abs. 2 und Abs. 3 angefügt:

(2) Der Magistrat der Stadt Wien ist ermächtigt, nachfolgende Daten von Personen, die Hunde halten bzw. verwahren, zu verarbeiten und an die Landespolizeidirektion Wien zum Zweck der Durchführung von Verwaltungsverfahren gemäß § 10 Abs. 2 zu übermitteln:

1. Name,
2. Geschlecht,
3. Geburtsdatum,
4. Geburtsort,
5. Kontaktdaten (insbesondere Adresse, Telefonnummern, E-Mail Adressen, Faxnummern),
6. Staatsangehörigkeit,
7. Daten über Verwaltungsstrafen,
8. Daten über Tierhalteverbote und Aufträge,
9. Daten über Hundeführscheine.

(3) In gleicher Weise wird die Landespolizeidirektion Wien ermächtigt, die in Abs. 1 genannten Daten, die sie im Rahmen der von ihnen gemäß § 10 Abs. 2 geführten Verwaltungsverfahren verarbeiten, dem Magistrat der Stadt Wien zu übermitteln.“

9. In § 11 Abs. 1 Einleitungssatz wird nach dem Begriff „15“ die Wortfolge „sowie 17 bis 19“ eingefügt.

10. In § 13 Abs. 2 werden nach der Ziffer 15 folgende Ziffern 16 bis 19 angefügt:

- „16. dem Verbot des § 5a Abs. 13 zuwiderhandelt,
17. dem Verbot des § 5a Abs. 14 oder 17 zuwiderhandelt,
18. die Überprüfung oder Untersuchung der Atemluft nach § 5a Abs. 15 verweigert,
19. die Vorführung zum oder die Untersuchung durch den Amtsarzt nach § 5a Abs. 17 verweigert.“

11. In § 13 Abs. 4 wird nach dem Begriff „15“ die Wortfolge „bis 19“ angefügt.

12. § 13 Abs. 4 wird folgende Sätze angefügt.

„Wird eine Verwaltungsübertretung nach § 13 Abs. 2 Z 5 oder 8 begangen, beträgt die Mindeststrafe 200 Euro. Wird gegen § 5a Abs. 12 zuwidergehandelt oder eine Verwaltungsübertretung nach § 13 Abs. 2 Z 3 begangen, beträgt die Mindeststrafe 100 Euro.“

13. In § 14 Abs. 1 wird nach dem Begriff „15“ die Wortfolge „bis 17“ angefügt.

Artikel II

Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des Tages seiner Kundmachung in Kraft.

Der Landeshauptmann:

Der Landesamtsdirektor: